Polen:

Bronislaw Komorowski neuer Staatspräsident – Weg frei für liberale Reformen

Warschau/Prag, 8. Juli 2010

Bericht aus aktuellem Anlass

N° 37/10

von Dr. Borek Severa

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit finden Sie unter www.freiheit.org

Der Kandidat der regierenden liberalkonservativen Bürgerplattform (PO), Bronislaw Komorowski, wird neuer polnischer Staatspräsident. Komorowski siegte bei der Stichwahl am 4. Juli mit einem Vorsprung von sechs Prozentpunkten vor seinem Konkurrenten, dem Vorsitzenden der nationalkonservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), Jaroslav Kaczynski. Für Komorowski stimmten 53,01 Prozent der Wähler. Oppositionsführer Kaczynski kam auf 46,99 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 55,31 Prozent. Die Wahl des als europafreundlich bekannten bisherigen Sejmmarschalls (Parlamentspräsident) ins höchste Staatsamt wird nicht nur als gute Nachricht für Polen und Europa gewertet, sondern dürfte zugleich der Durchsetzung der liberalen Reformpläne der Regierung Tusk den Weg ebnen, die bislang vor allem am Veto des im April bei einem Flugzeugabsturz nahe Smolensk tödlich verunglückten Präsidenten Lech Kaczynski gescheitert waren.

Ende der politischen Konfrontation zwischen Staatschef und Regierung

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen ist nicht nur ein persönlicher Erfolg von Bronislaw Komorowski, sondern auch für den Ministerpräsidenten und PO-Chef Donald Tusk, der mit dem neuen Staatschef einen engen Verbündeten haben wird. Komorowski (58) hatte im Wahlkampf immer wieder betont, er werde Polen zusammen mit seinem politischen Mitstreiter Tusk modernisieren, wogegen sein Herausforderer Jaroslav Kaczynski alle liberalen Reformansätze blockieren wollte. Allerdings werden Tusk und Komorowski nun beweisen müssen, dass sie den Mut haben, noch vor den im Herbst 2011 anstehenden Parlamentswahlen zum Teil schmerzhaft Reformen in Angriff zu nehmen. Wirtschaftlich steht Polen dabei gegenwärtig gut da. Als einziger EU-Mitgliedsstaat überhaupt hat das Land 2009 Wachstum erwirtschaftet. Ohne tief greifende Reformen des Gesundheitswesens, der öffentlichen Fi-

nanzen und der Sozialsysteme könnte Polen nach Einschätzung von Beobachtern aber wieder ins Trudeln geraten. Dazu würde auch die Einhaltung der Wahlversprechen Komorowskis beitragen, die sich der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ zufolge auf 33 Milliarden Zloty summieren und laut polnischen Experten unrealistisch sind. Der neue Staatspräsident hatte u.a. versprochen, dass das Rentenalter für Frauen nicht wie geplant auf 65 Jahre angehoben wird und Studenten eine fünfzigprozentige Ermäßigung für den öffentlichen Nahverkehr bekommen.

Komorowski erlangte politische Autorität

Der für seine Bescheidenheit und Freundlichkeit bekannte Komorowski hatte lange Zeit im politischen Schatten von Ministerpräsident Tusk gestanden, wobei sich beide Spitzenpolitiker in vielem ähnlich sind: Pragmatiker statt Ideologen, zurückhaltend statt polternd, weltoffen. Mit dem Sieg über Jaroslav Kaczynski hat

Komorowski eigene politische Autorität gewonnen. Das neue polnische Staatsoberhaupt bestätigte indes seinen Ruf als versöhnlicher, kompromissbereiter Mann, in dem er in seiner ersten öffentlichen Rede die Überwindung der (sich auch in dem dramatischen Kopf-an-Kopf-Rennen mit Jaroslaw Kaczynski widerspiegelnden) tiefen Spaltung der polnischen Gesellschaft als eine der Prioritäten seiner spätestens am 11. August beginnenden fünfjährigen Amtszeit nannte. Er werde eine „Präsidentschaft der nationalen Einheit“ anstreben, kündigte Komorowski an, der nach dem Tod von Lech Kaczynski als Sejmmarschall gemäß Verfassung das Präsidentenamt bereits kommissarisch innehatte. Von seinem Amt als Parlamentspräsident trat Komorowski am 7. Juli zurück, die kommissarische Präsidentschaft übernahm der Senatspräsident.

Erfolg auch für Oppositionsführer Jaroslaw Kaczynski

Trotz seiner Niederlage kann auch Oppositionsführer Jaroslaw Kaczynski (61) mit dem Wahlausgang sehr zufrieden sein. Der zuvor für seinen Konfrontationsstil bekannte PiS-Chef und Zwillingsbruder des verstorbenen Präsidenten Lech Kaczynski machte während des Wahlkampfes eine persönliche Metamorphose durch: Er präsentierte sich nicht wie in der Vergangenheit als kämpferischer Populist, sondern als besonnener und auf Ausgleich bedachter Staatsmann, der auf einmal über eine Aussöhnung mit Russland sprach, die Deutschen Adenauer und Erhard zu einem Vorbild für Polen erklärte und zur innenpolitischen Versöhnung aufrief. Dieser öffentliche Sinneswandel, sowie das private Drama – der Zwillingsbruder tot, die Mutter seit Monaten auf dem Sterbebett – trugen offensichtlich zum hohen Stimmengewinn vor allem im ärmeren Osten Polens bei und könnten für Kaczynskis Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) ein stabiles Fundament sowohl für die Kommunalwahlen im Herbst 2010 als auch für die Parlamentswahlen 2011 bilden. Jaroslaw Kaczynski galt im Übrigen auch in politischer Hinsicht immer als der Fähigere der Brüder Kaczynski, gleichzeitig aber auch als „eigenartig“, weil er nie eine Familie gegründet hat – im katholischen Polen für einen Politiker nach wie vor ein Minus. Gestärkt könnte der PiS-Chef nun Ministerpräsident Tusk aus der Opposition heraus attackieren und davon bei den Parlamentswahlen 2011 profitieren. Beobachtern zufolge wird das doch nicht so einfach werden, denn die Polen, einschließlich der Wähler Kaczynskis, sehnen sich nach Jahren politischer Polemik nach Ruhe und Harmonie. Der PiS-Chef müsste deshalb eine positive Vision entwickeln. Und das war noch nie seine Stärke.

Tauziehen um Linkspartei

Über den Sieg von Komorowski bei der Stichwahl haben letztlich die mehr als zwei Millionen Wähler (13,68 Prozent) entschieden, die in der ersten Runde für den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Bundes der demokratischen Linken (SLD), Grzegorz Napieralski, gestimmt hatten. Um diese linken Wähler auf ihre Seite zu bekommen, hatten sowohl Komorowski als auch Kaczynski bei ihren Auftritten vor dem zweiten Wahlgang versucht zu zeigen, wer der größte Freund der Linken sei. Alles drehte sich um sozialpolitische Fragen. Komorowski, der beispielsweise über Frauenquoten überhaupt nicht sprechen wollte, bezeichnete auf einmal eine Quote von mindestens 35 Prozent als unvermeidbar. Sein politischer Rivale Kaczynski sprach sich wiederum plötzlich gegen eine Privatisierung der Krankenhäuser aus, eine Reform, die seine Regierung einst selbst beschlossen hatte. Napieralski selbst hat letztlich weder zugunsten des PO-Kandidaten Komorowski noch von PiS-Chef Kaczynski eine Wahlempfehlung ausgesprochen. Sein gutes Ergebnis aus dem ersten Wahlgang dürfte sowohl seine aus der ehemaligen kommunistischen Partei Polens PZPR hervorgegangene Gruppierung SLD als auch sein persönliches Ansehen deutlich gestärkt haben. Bislang nämlich galt Napieralski (37) nur als Ziehkind der Betonköpfe aus der einstigen PZPR. Heute nun wird in Polen gemutmaßt, dass nach der Wahl im Herbst 2011 nur noch drei Parteien im Sejm vertreten sein könnten: Bürgerplattform, „Recht und Gerechtigkeit“ und Napieralskis Bund der demokratischen Linken.

Kandidaten anderer Partei von vornherein chancenlos

Die von anderen Parteien und politischen Gruppierungen ins Rennen um das höchste Staatsamt geschickten Kandidaten hatten von vornherein keine Chance. Außer Komorowski, Kaczynski und Napieralski blieben in der ersten Runde alle anderen sieben unter drei Prozent. Das gilt auch für den liberalen Ex-Außenminister Andrzej Olechowski, der als unabhängiger Kandidat von dem linksliberalen Demokratischen Bündnis (Stronnictwo Demokratyczne – SD) unterstützt worden war. Der sich noch immer in einer innerparteilichen Krise befindlichen FNF-Partner Demokratische Partei (PD) hatte auf einen eigenen Kandidaten verzichtet.

Bedeutung für die Arbeit der FNF

Auf die Projektarbeit der FNF in Polen wird die Präsidentschaftswahl keine unmittelbare Auswirkung haben. Die Bürgerplattform PO wird ihre Reformpolitik vor allem auf dem Gebiet der Krisenbekämpfung, aber auch der weiteren Integration Polens in die Strukturen der EU

ohne Störfeuer aus dem Präsidentenpalast verstärken können. Für die Stiftungspartner stellt das Wahlergebnis insoweit eine Herausforderung dar, als die nationalkonservative Partei PiS und ihr Vorsitzender Kaczynski, dem zuvor kaum Erfolgchancen eingeräumt worden waren, unerwarteten Auftrieb erhielt. Dies lässt schärfere Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlich-liberalen und den nationalkonservativen Lagern der polnischen Gesellschaft erwarten. Da im Augenblick die Chancen für eine klassische liberale Partei minimal sind, kommt es verstärkt darauf an, liberale Themen und Reformkonzepte über eine offensive Think-Tank-Arbeit an die Bürger, insbesondere an jüngere Menschen, heranzutragen.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Bereich Internationale Politik
Referat Politikberatung und
Internationale Politikanalyse
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam